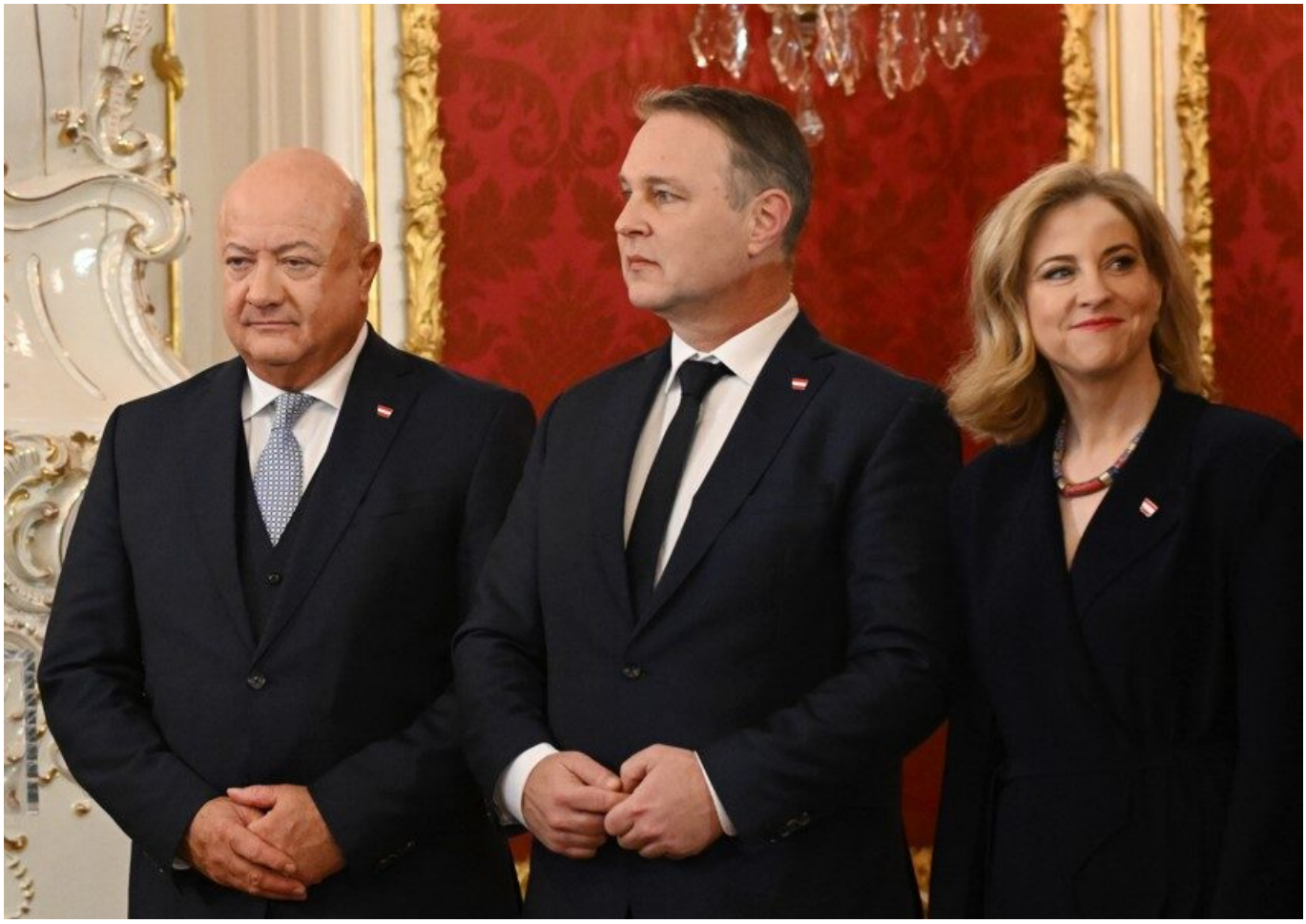


7000 Unternehmen heuer insolvent - hat die Regierung den Ernst der Lage erkannt?

15.200 Menschen verloren heuer bereits ihre Jobs – und die Pleitewelle rollt noch weiter: Wann kommen die großen Gegenmaßnahmen der Koalition?

Besorgniserregender Rekord in diesem Jahr: 7000 Unternehmen könnten heuer Insolvenz anmelden – so viele wie noch nie. Diese dramatische Prognose kommt vom Kreditschutzverband KSV1870. Schon im Vorjahr erreichte die Zahl der Pleiten mit 6587 ein hohes Niveau, 2023 waren es 5380.

Der langjährige Durchschnitt wurde damit längst übertroffen. Besonders alarmierend: Allein in den ersten drei Quartalen 2025 mussten bereits 5110 Betriebe mit insgesamt 15.200 Beschäftigten Insolvenz anmelden.

Die Hauptbetroffenen sind wie gewohnt Handel, Bauwirtschaft sowie Beherbergung und

Quelle:
https://blog.kumhofer.at/7000-unternehmen-heuer-insolvent-hat-die-regierung-den-ernst-der-lage-erkannt/

Gastronomie – also jene Branchen, die das Rückgrat der heimischen Wirtschaft bilden. Auch Gewerbe und Industrie sind weiter einem enormem Druck ausgesetzt. Anstatt wirksame Hilfsprogramme aufzulegen, beschränkt sich die Bundesregierung jedoch auf Durchhalteparolen und kleinere kosmetische Maßnahmen.

Österreich kämpft mit der Gefahr eines dritten Rezessionsjahrs in Folge: Energie- und Personalkosten explodieren, die Nachfrage bleibt schwach, und der wichtigste Handelspartner Deutschland steckt trotz milliardenschwerer Investitionen weiter fest. Während Konsumentinnen und Konsumenten ihr Geld lieber zurückhalten, fehlt den Betrieben jede Planungssicherheit. Selbst im traditionell optimistischen Vorarlberg ist die Stimmung laut KSV-Chef Ricardo-José Vybiral mittlerweile unterdurchschnittlich.

1800 Unternehmen ohne Insolvenzverfahren pleite

Besonders bedrückend ist die Zahl der „stillen“ Pleiten: 1800 Unternehmen konnten heuer nicht einmal mehr die 4000 Euro für ein Insolvenzverfahren aufbringen. Diese Betriebe schlossen einfach die Türen – sämtliche Arbeitsplätze gingen verloren. Für die Betroffenen gibt es kaum Unterstützung, ein deutlicher Beleg für die Lücken in der Wirtschaftspolitik.

Im Detail zeigt sich ein düsteres Bild: Im Handel stiegen die Insolvenzen in den ersten drei Quartalen um zehn Prozent auf 921 Fälle. Im Bau gab es zwar einen leichten Rückgang, doch auch hier bleibt die Zahl hoch. In Gastronomie und Hotellerie registrierte der KSV 603 Pleiten – nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr.

Dass die Gesamtschulden aus Insolvenzen dennoch gesunken sind, liegt nur daran, dass es heuer keine Milliardenpleite wie im Vorjahr gab. Dennoch betrifft die größte Insolvenz auch diesmal wieder eine Firma aus dem Signa-Imperium: Die Signa Prime Capital Invest GmbH hinterlässt ein Loch von 870 Millionen Euro.

Während die Unternehmer täglich ums Überleben kämpfen, setzt die Bundesregierung vor allem auf Ankündigungen. Anstatt strukturelle Entlastungen – etwa bei Steuern, Energiekosten oder Bürokratie – endlich entschlossen anzugehen, verpasst die Regierung die Chance, rechtzeitig gegenzusteuern. Die aktuelle Pleitewelle ist daher nicht nur Folge internationaler Krisen, sondern auch hausgemachter Versäumnisse in Wien – so könnte eine Streichung der CO2-Steuer sofort einen Aufschwung bringen.

Österreich steht vor der größten Insolvenzkrise seit Jahrzehnten – und die Bundesregierung wirkt, als hätte sie den Ernst der Lage noch immer nicht begriffen.

Credit: Getty Images

i Dieser Beitrag stammt ursprünglich von statement.at

Quelle:
https://blog.kumhofer.at/7000-unternehmen-heuer-insolvent-hat-die-regierung-den-ernst-der-lage-erkannt/